



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
am 21. Dezember 2017

Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

---

<b><u>Vorsitz :</u></b>	Christa Gabriel (SPD)
Anwesende Stadtverordnete:	siehe Anlage 1
Ferner anwesend:	siehe Anlage 2
Es fehlten:	siehe Anlage 3
<b>Beginn (öffentlicher Teil): 16:05 Uhr</b>	<b>Ende: 20:30 Uhr</b>

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen der Drucksachenlisten (DL Nrn.) 20/17, 23/17, 31/17 + NÖ, 34/17 NÖ, 35/17, 36/17, 37/17, 39/17, 40/17, 41/17, 42/17, 43/17, 44/17 + NÖ, 46/17 + NÖ, 47/17 + NÖ, 48/17, 49/17 + NÖ, 50/17 + NÖ, 51/17 NÖ, 52/17, 53/17 + NÖ, 54/17, 55/17 + NÖ, 56/17 + NÖ,

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

**Entschuldigt:**  
Stv. Hebenstreit  
Stv. Koch  
Stv. Müller  
Stv. Obergfell

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

## öffentliche Sitzung

### Tagesordnung I

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Stv. Diers, den Punkt 10 der TO I (Citybahn) von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Dieser Antrag wird gegen die Stimmen von AfD, FDP und Stv. Brüder abgelehnt.

Stv. Diers beantragt daraufhin die Einberufung des Ältestenausschusses. Der Antrag auf Einberufung des Ältestenausschusses wird gegen die Stimmen von FDP und Stv. Brüder bei Enthaltung von SPD und Stv. Bohrer und Coigné abgelehnt.

Der TOP verbleibt auf der TO.

#### 0481 Tagesordnung

Der Tagesordnung der heutigen Sitzung wird mit folgenden Änderungen zugestimmt:

##### 1. Umsetzung

Punkt 7 der TO III	Wohnbauflächenentwicklung „Nördlich Welfenstraße“
Punkt 8 der TO III auf Antrag von L&P	Wohnbauflächenentwicklung „Wohnen westlich Schlosspark“
Punkt 10 der TO III auf Antrag von FW/BLW	Änderung Straßenreinigungssatzung

##### 2. Zurückziehen

Der Antrag „Cannabis Social Club der FDP (TOP 11. 2) wird von Seiten der Fraktion zurückgezogen.

##### 3. Anträge/Neufassungen/Änderungsanträge

<u>L&amp;P</u>	zu Punkt 7 der TO I	Veränderung zum Haushaltsplan 2018/2019
<u>FDP</u>	zu Punkt 10 der TO I	<u>Vollständige Transparenz bei Citybahn-Planungen</u>
<u>L&amp;P</u>	zu Punkt 7 der TO III	Wohnbauflächenentwicklung „Wohnen nördlich Welfenstraße“
<u>L&amp;P</u>	zu Punkt 8 der TO III	Wohnbauflächenentwicklung „Wohnen westlich Schlosspark“

#### PROTOKOLLERKLÄRUNGEN / ABSTIMMUNGSVERHALTEN

##### 4. Protokollerklärungen

der CDU-Fraktion zu  
Punkt 10 der TO III Straßenreinigungssatzung (umgesetzt auf TO I)

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
 Nr. Nr.

---

der Fraktion L&P zu

Punkt 12 der TO II Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule  
 Punkt 18 der TO II Kinderhaus Schelmengraben

der Fraktion FW/BLW zu

Punkt 4 der TO II Museum für abstrakte Kunst  
 Punkt 13 der TO II Energiesparmodell EmMi

des StV. Bachmann (FW/BLW) zu

Punkt 24 der TO II Anbindung Neubaugebiet Bierstadt Nord

der Fraktion LKR/ULW zu

Punkt 1 der TO II Anreize umwelt- / stadtverträgliche Mobilität  
 Punkt 14 der TO II Gemeinnützige Kulturfonds  
 Punkt 27 der TO II Haushaltsansätze Stadtverordnetenversammlung  
 Punkt 28 der TO II Einrichtung LKBT\*IQ-Koordinierungsstelle  
 Punkt 30 der TO II Personalsituation Ordnungsamt  
 Punkt 35 der TO II Zus. Kräfte Stadtpolizei  
 Punkt 37 der TO II Aufbau Straßenverkehrsamt  
 Punkt 38 der TO II Erweiterte Bedarfe Amt 36  
 Punkt 41 der TO II Neubau Feuer-/Rettungswache Igstadt  
 Punkt 46 der TO II Sportveranstaltungen besonderer Bedeutung  
 Punkt 48 der TO II Stellenplan 18/19 - Hochbauamt  
 Punkt 51 der TO II Wirtschaftsplan TriWiCon

---

Punkt 10 der TO III Änderung Straßenreinigungssatzung (umgesetzt auf TO I)  
 Punkt 12 der TO III Änderung Wasserversorgungssatzung  
 Punkt 14 der TO III Ordnung Kulturbeirat

---

Punkt 3 der TO IV Internationale Maifestspiele  
 Punkt 9 der TO IV Auswirkungen Gefährdungslage auf Sicherheitskonzepte

**5. Abstimmungsverhalten zu Tagesordnung II**

Das Abstimmungsverhalten von AfD, FDP, L&P, FW/BLW und LKR/ULW wird datentechnisch abgebildet.

**6. Verschiebung aus Zeitgründen**

Die Punkte

- 11. 17-F-08-0061 „Cannabis Social Club“ (Antrag L&P)
- 11.1 17-F-03-0019 „Cannabis Social Club“ (Antrag Bündnis90/Die Grünen)
- 12. 17-F-11-0002 Sachstandsbericht Tiefengeothermie (Antrag FW/BLW)
- 13. 17-F-12-0005 Rhein-Main-Congress-Center (Antrag LKR/ULW)
- 14. 17-F-12-0004 Schriftliche Anfrage Moritz-Lang-Haus (Antrag LKR/ULW)

werden aus Zeitgründen zur Beratung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.02.2018 vorgesehen.

Einstimmig

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. Dezember 2017

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
-------------	--------------	--

---

0576 Genehmigung der Niederschriften vom 16. und 30.11.2017  
Einstimmig

0577 Mitteilungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird das Wort nicht gewünscht.

0578 16-F-99-0001  
Fragestunde

1. Die Fragen Nr. 89, 105 und 91 haben durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache einschließlich der gestellten Zusatzfragen ihre Erledigung gefunden.
2. Der Magistrat wird gebeten, die Fragen Nr. 87, 86, 93, 106, 98, 90 und 107 schriftlich zu beantworten.
3. Die Fragen Nr. 99 und 94 sind zurückgezogen.
4. Die Fragen Nr. 104, 96, 97, 100, 101, 102, 103, 104 und 108 kommen in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.02.2018 zum Aufruf.

**Die Punkte 4 bis 8 (Haushalt, Beschlüsse 0579 bis 0587) werden gemeinsam beraten und getrennt abgestimmt.**

0579 17-V-20-0041  
Haushaltsplan 2018/2019 - Anträge der Ortsbeiräte  
bei Enthaltung AfD angenommen

0580 17-V-20-0052  
Haushaltsplan 2018/2019 - Schriftliche Stellungnahme der Ortsbeiräte  
bei Enthaltung AfD angenommen

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. Dezember 2017

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**0581 17-V-11-3006**

Stellenplan 2018 / 2019

gegen AfD, L&P + Stadtv. Bachmann, bei Enthaltung FDP, Stadtv. Bröder + Oschmann  
angenommen

**0582 17-F-08-0077**

Veränderungen zum Haushaltsplan 2018/2019  
- Antrag L&P vom 12.12.2017 -

gegen L&P abgelehnt

**0583 17-V-20-0046**

Entwurf des Haushaltsplans 2018/2019

gegen AfD, FDP, L&P, LKR&ULW, FW/BLW, Stadtv. Bröder + Oschmann angenommen

**0584 17-F-05-0041**

Gewerbsteuersenkung  
- Antrag der FDP vom 14.12.2017 -

Stv. Diers beantragt die namentliche Abstimmung des Punktes.

Namentliche Abstimmung:  
Ja 17, Nein 59, keine Enthaltung - abgelehnt

**0585 17-F-08-0076**

Änderung der Gewerbesteuer  
- Antrag von L&P vom 14.12.2017 -

gegen L&P abgelehnt

**0586 17-F-40-0001**

**Zurückgezogen**

Gewerbsteuersenkung  
- Antrag des Stadtv. Oschmann (fraktionslos) vom 11.12.2017 -

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
-------------	--------------	--

---

**0587**      **17-V-20-0047**

Entwurf der Haushaltssatzung 2018/2019

gegen AfD, FDP, L&P, FW/BLW, LKR&ULW, Städtv. Bröder + Oschmann angenommen

---

**0588**      **17-F-10-0035**

Entwicklung von "Ordnungsamt-Online", "Law & Order-App" sowie einer "Knöllchen-App" für Bürger

- Antrag der AfD-Fraktion vom 12.12.2017 -

Stv. Dr. Wittkowski und Stv. Egert beantragen die Überweisung des Antrages an den Haupt- und Finanzausschuss und den Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik. Der Haupt- und Finanzausschuss ist federführend.

Stv. Winkelmann schließt sich für die FDP dem Überweisungsantrag an.

Stv. Bohrer beantragt den Antrag als durch Aussprache für erledigt zu erklären.

Der zuerst gestellte Geschäftsordnungsantrag auf Überweisung wird wie folgt abgestimmt:

gegen L&P (ohne Stv. Sobek), FW/BLW, LKR&ULW, bei Enthaltung Stv. Sobek angenommen

**0589**      **17-F-05-0043**

Vollständige Transparenz bei den Citybahn-Planungen

- Antrag FDP vom 19.12.2017 -

Stv. Hasemann-Trutzel beantragt getrennte Abstimmung.

Stv. Kisseler beantragt Schluss der Debatte. Dieser Antrag wird gegen die FDP und FW/BLW bei Enthaltung von LKR/ULW angenommen.

Der Änderungsantrag von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen zum FDP-Antrag wird wie folgt abgestimmt: gegen FDP bei Enth. AfD und LKR/ULW angenommen.

Der FDP-Antrag wird wie folgt ziffernweise abgestimmt:

Ziff. 1: gegen FDP bei Enthaltung AfD, L&P + LKR&ULW abgelehnt;

Ziff. 2: bei Enthaltung AfD angenommen;

Ziff. 3: bei Enthaltung AfD + L&P angenommen;

Ziff. 4: bei Enthaltung AfD angenommen;

Ziff. 5: gegen FDP bei Enthaltung AfD, LKR&ULW + Städtv. Bröder abgelehnt;

Der durch den Änderungsantrag veränderte FDP-Antrag wird noch einmal im Gesamten wie folgt im abgestimmt: bei Enth. AfD + Stv. Bröder angenommen

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

0590 17-V-05-0010

Stand des Projektes CityBahn

gegen FDP bei Enthaltung AfD und Städtv. Bröder angenommen

0591 17-V-61-0006

Wohnbauflächenentwicklung Bebauungsplan "Nördlich der Welfenstraße" im Ortsbezirk Südost - Satzungsbeschluss -

Stv. Forßbohm begründet den Änderungsantrag L&P.

Der Änderungsantrag wird gegen die L&P bei Enth. von LKR/ULW und Stv. Schuchalter-Eicke abgelehnt.

Der Empfehlungsbeschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr wird wie folgt abgestimmt:

gegen L&P bei Enthaltung AfD angenommen

0592 17-V-61-0008

Wohnbauflächenentwicklung Bebauungsplan "Wohnen westlich des Schlossparks" im Ortsbezirk Biebrich - Satzungsbeschluss

Stv. Forßbohm begründet den Änderungsantrag von L&P.

Der Änderungsantrag wird gegen die Stimmen von L&P bei Enthaltung LKR/ULW und Stv. Schuchalter-Eicke abgelehnt.

Der Empfehlungsbeschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr wird wie folgt abgestimmt:

gegen L&P bei Enthaltung AfD angenommen

0593 17-V-70-0001

Änderung der Straßenreinigungssatzung

**Protokollerklärung der CDU:**

Die CDU-Fraktion wird aus folgenden Gründen für das Konzept der ELW stimmen:

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

1. Nur das ELW-Konzept sorgt für mehr Sauberkeit. In anderen Städten hat die Praxis erwiesen, dass allein die Reinigung aus einer Hand Sauberkeit gewährleistet, weil es keine Schnittstellen mehr gibt und verlässlich gereinigt wird.
2. Beim Konzept der ELW werden die Bürger nur dort mit Gebühren belastet, wo es erforderlich ist. Eine sachgrundlose zusätzliche Veranlagung von tausenden von Bürgern lehnen wir ab.
3. Nach wie vor halten wir das Konzept der GiB für rechtswidrig. Das ergibt sich aus folgenden Überlegungen (sog. Schüllermann-Gutachten):
  - Die GiB legt ihrem Vorschlag ein pauschales Gebietskonzept zugrunde und stützt sich dabei auf eine veraltete Rechtsprechung. Nach aktueller Rechtsprechung muss aber die tatsächliche Situation vor Ort berücksichtigt werden.
  - Der Aspekt der Verkehrssicherheit wird in der Satzung nicht beachtet. Ob Klagen durch Versicherungsdeckung für die Stadt finanziell folgenlos bleiben, ist dabei unwichtig - es geht um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger.
  - Auch Straßen, die nach Gutachten der ELW gar nicht gereinigt werden müssten, werden ohne sachlichen Grund alleine aus fiskalischen Gründen einbezogen!  
Selbst der von der GiB beauftragte Gutachter (RA Strauch) sieht Rechtsrisiken:
  - Die Satzung berücksichtigt nicht die erfahrungsbasierten und umfassend dokumentierten tatsächlichen Feststellungen der ELW.
  - Die Satzung deckt sich nicht einmal mit dem beschlossenen Reinigungskonzept der Stadt - auf dieser Grundlage war aber gemäß dem ausdrücklichen Auftrag der Stadtverordnetenversammlung die neue Satzung zu entwickeln.  
Des Weiteren trifft das Gutachten keine Aussagen zur Rechtssicherheit.

Im Übrigen: Zum ersten Mal würde die Stadtverordnetenversammlung gegen den ausdrücklichen Rat der Fachverwaltung eine Entscheidung treffen. Und dies bei einem hochkomplexen Thema. Zum ersten Mal entscheiden sich die Stadtverordneten auch gegen den Rat der Gutachter, die teilweise erhebliche Bedenken bezüglich der Rechtssicherheit des GiB-Konzeptes vorgetragen haben.

#### **Protokollerklärung von LKR/ULW:**

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Ja“.

Die LKR&ULW-Fraktion gratuliert der Bürgerinitiative „Gehwegreinigung in Bürgerhand“ zu ihrem Erfolg, der keine Selbstverständlichkeit ist und nur mit dem Geschick und dem Durchsetzungsvermögen der beteiligten Bürgerinnen und Bürger erklärt werden kann. Wir freuen uns, dass auch wir diese Initiative unterstützen durften und wünschen uns für die Zukunft, dass noch mehr Bürgerinitiativen, auch gegen massive Widerstände einzelner Parteien, im Rathaus Gehör und Berücksichtigung finden.

#### **Protokollerklärung Stv. Bachmann:**

Stv. Bachmann erklärt, dass er einer Gebührenerhöhung für Bürger in Nordenstadt nicht zustimmt.

Stv. Dr. Wittkowski beantragt namentliche Abstimmung.

Der Empfehlungsbeschluss des Haupt- und Finanzausschusses wird wie folgt abgestimmt:

namentliche Abstimmung:

Ja: 56, Nein: 15, Enthaltung: 1 - angenommen



Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

## Tagesordnung II

**0482            16-F-03-0124**

Anreize für umwelt- und stadtverträgliche Mobilität für Neubürgerinnen und Neubürger  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.12.2016 -

**Protokollerklärung von LKR/ULW:**

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Nein“.

Der ÖPNV in Wiesbaden befindet sich bereits jetzt an seinen Kapazitätsgrenzen. Zu den Stoßzeiten sind die Busse überfüllt und die Bürgerinnen und Bürger entnervt. Verspätungen der Busse sind die Regel geworden. In diesem Kontext erscheint es unsinnig, den ÖPNV noch zusätzlich zu belasten.

Wir plädieren dementsprechend dafür, den Antrag zu verschieben, bis der ÖPNV durch die City-Bahn entlastet wird und damit überhaupt erst eine vernünftige Grundlage für etwaige Vorhaben geschaffen worden ist.

gegen LKR/ULW

**0483            17-V-01-0042**

Projekt AG Struktur: Zwischenbericht der Lenkungsgruppe AG Struktur

Einstimmig

**0484            17-V-01-0046**

Vorabfreigabe von Mitteln des Dezernates I für das 1. Halbjahr 2018

Enthaltung FDP

**0485            17-V-01-0047**

Museum für abstrakte Kunst; Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages

**Protokollerklärung von FW/BLW:**

Die Fraktion FREIE WÄHLER/Bürgerliste Wiesbaden stimmt gegen die Sitzungsvorlage, weil die Stadt Wiesbaden keinerlei Einfluss mehr auf Gestaltung, Bau und Inhalt eines Museums an diesem für das Wiesbadener Stadtbild herausragenden Ort hat. Die Chance für ein Museum für Stadtgeschichte ist damit an dieser Stelle für immer vertan.

gegen FW/BLW

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

**0486 17-V-03-0008**

Bericht zum Projekt Walkmühle

Einstimmig

**0487 17-V-05-0009**

Plantrennungsrechnung 2018 der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH  
gegen FDP

**0488 17-V-10-0013**

Bürgerhaus Georg-Buch-Haus; Brandschutzsanierung - 2. Fluchtweg im Vereinshaus

Einstimmig

**0489 17-V-20-0027**

Implementierung eines "Customer Competence Centers Dokumentenmanagement und Vorgangsbearbeitung" (CCC DMS/VBS) im IT-Management der Landeshauptstadt Wiesbaden

Enthaltung LKR/ULW und StV. Bohrer, Coigné und von Seemen

**0490 17-V-21-0002**

Neuregelung der Entscheidungsbefugnisse bei Steuerforderungen  
gegen L&P

**0491 17-V-33-0005**

Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für Integrationsaufgaben

Enthaltung FDP + Stv. von Seemen

**0492 17-V-36-0015**

Förderprogramm "Solaranlagen" der Landeshauptstadt Wiesbaden

Einstimmig

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

0493 17-V-40-0018

Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule; Erweiterung der Mensa

**Protokollerklärung von L&P:**

Die LINKE&PIRATEN Rathausfraktion kritisiert, dass die notwendige Erweiterung der Mensa zulasten der Bibliothek erfolgen soll.

Enthaltung L&P

0494 17-V-40-0033

Erfahrungsbericht zum Energiesparmodell EmMi (Emissions-Minderung an Wiesbadener Schule)

**Protokollerklärung von FW/BLW:**

Wir begrüßen solche Maßnahmen sowie die Incentivierung der teilnehmenden Schulen und würden uns über weitere Projekte freuen bei denen sich die Verantwortlichen mit ihrem Wissensschatz zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit einbringen können.

Einstimmig

0495 17-V-41-0014

Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt Rhein-Main GmbH; Fortführung der Finanzierungsvereinbarung 2016-18 in 2018

**Protokollerklärung von LKR/ULW:**

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Nein“.

Wiesbaden zahlt 547.742 Euro der insgesamt 6.322.485 Euro, die von den Gesellschaftern und dem Land Hessen getragen werden, ein hoher finanzieller Aufwand, dessen Gegenwert zweifelhaft ist - während gleichzeitig dringend notwendige Finanzmittel für Bildungseinrichtungen und Infrastrukturmaßnahmen fehlen.

gegen LKR/ULW bei Enthaltung FW/BLW

0496 17-V-41-0016

Hess. Staatstheater Wiesbaden: endgültiger Abschluss 2016

Einstimmig

0497 17-V-50-0011

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
-------------	--------------	--

---

Bericht zur Gewährung von SGB XII-Leistungen in Wiesbaden 2016

Einstimmig

**0498**      **17-V-51-0033**

Förderprogramm Soziale Stadtplus Schelmengraben: Neubau des Stadtteilzentrums - Ausführungsvorlage

Einstimmig

**0499**      **17-V-51-0037**

Grundsatzvorlage zum Neubau einer Kindertagesstätte durch die SEG, Kinderhaus Schelmengraben

**Protokollerklärung von L&P:**

Die LINKE&PIRATEN Rathausfraktion fordert, dass der Bau der Kindertagesstätte direkt von der Landeshauptstadt Wiesbaden gesteuert wird statt von einer (städtischen) Gesellschaft.

Enthaltung Stv. Bohrer, Coigné, von Seemen und Sobek

**0500**      **17-V-51-0042**

Vorabfreigabe eines Anteils der Zuschüsse für 2018 im Bereich der Ämter 50 Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge und 51 Amt für Soziale Arbeit

Enth. FDP + Stv. von Seemen

**0501**      **17-V-51-0043**

Bundesprogramm Sprach-Kitas; zweite Förderwelle 2017 - 2020 Nachrücker

Einstimmig

**0502**      **17-V-52-0006**

Dyckerhoff-Sporthalle Biebrich - Grundsatzvorlage zur Generalsanierung; Genehmigung 1. Bauabschnitt Brandschutz- und Dachsanierung

Einstimmig

**0503**      **17-V-53-0005**

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
-------------	--------------	--

---

Freigabe von Haushaltsmitteln des Gesundheitsamtes für Maßnahmen im 1. Halbjahr 2018

Enthaltung FDP + Stv. von Seemen

0504 17-V-63-0005

Rückgabe der Anerkennung "Prüfamt für Baustatik" an die Oberste Bauaufsichtsbehörde

Einstimmig

0505 17-V-66-0218

B 455 Anbindung Neubaugebiet Bierstadt Nord

**Protokollerklärung von Stv. Bachmann:**

Der Stadtverordnete Christian Bachmann lehnt die Gesamtplanung des Neubaugebiets ab

gegen Stv. Bachmann bei Enthaltung L&P

0506 17-V-66-0306

Erneuerung Busspur Schiersteiner Straße stadteinwärts

Einstimmig

0507 17-V-80-0002

Freigabe von Mitteln des Amtes für Wirtschaft und Liegenschaften

Einstimmig

0508 17-A-02-0004

Haushaltsansätze Stadtverordnetenversammlung, Fraktionen und Amt 16

**Protokollerklärung von LKR/ULW:**

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Nein“.

Politiker sollten Vorbilder sein und als Repräsentanten der Stadt vorleben, wie man verantwortungsvoll mit den zur Verfügung stehenden Geldern wirtschaftet. Statt das eigene Budget bei Mehrkosten zu erhöhen, wäre es angebracht, diese Kosten durch Einsparungen zu kompensieren. Keine zusätzlichen Belastungen der Steuerzahler.

gegen LKR/ULW

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

0509      17-V-01-0035

Einrichtung einer städtischen LSBT\*IQ-Koordinierungsstelle im Dezernat I

**Protokollerklärung von LKR/ULW:**

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Enthaltung“.

Die LKR&ULW-Fraktion begrüßt die Einrichtung einer LSBT\*IQ-Koordinierungsstelle. Die Beratung und Akzeptanzförderung von LSBT\*IQ-Lebensweisen halten wir für wichtig und begründet. Jedoch sprechen wir uns für eine kostenneutrale Umsetzung aus, die die ohnehin schon stark angespannte Finanzlage der städtischen Kassen nicht noch weiter verschärft.

Enthaltung LKR/ULW

0510      17-V-05-0006

ÖPNV-Finanzierung

gegen FDP

0511      17-V-07-0004

Personalsituation Ordnungsamt (Bürgerbüro, Fahrerlaubnis- und Zulassungsbehörde)

**Protokollerklärung von LKR/ULW:**

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Enthaltung“.

Eine Aufstockung des Personals der Fahrerlaubnis- und Zulassungsbehörde halten wir für unbegründet. Unserer Erfahrung nach sind die Wartezeiten kurz und der Service gut. Jüngst erst wurde die Zulassungsstelle in Wiesbaden vom ADAC mit „gut“ bewertet. Eigene Erfahrungen bestätigen eine hohe Qualität der Behörde.

Die Personalsituation in den Bürgerbüros hält die LKR&ULW-Fraktion hingegen für unzureichend und spricht sich dementsprechend für eine Aufstockung aus.

Enthaltung FDP und LKR/ULW

0512      17-V-11-2007

Jobticket - Weiterführung in den Jahren 2018 und 2019

Enthaltung FDP

0513      17-V-11-4002

Neuausrichtung des Nachwuchskräftebudgets und Erhöhung der Ausbildungsplätze aufgrund der Folgen der demografischen Entwicklung auf Basis der Ergebnisse und Prognosen der Altersstrukturanalyse

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
-------------	--------------	--

---

Einstimmig

**0514**      **17-V-21-0005**

Zweitwohnungssteuer: Weiterführung

Einstimmig

**0515**      **17-V-30-0009**

Zusetzung von zwei Juristenstellen mit Budget bei Amt 30

gegen FDP und LKR/ULW

**0516**      **17-V-31-0014**

Zusätzliche Kräfte für die Stadtpolizei und die Geschäftsstelle des Präventionsrates

**Protokollerklärung von LKR/ULW:**

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Nein“.

Die Stadtpolizei kann keine polizeilichen Terror-Abwehr-Aufgaben wahrnehmen. Ohne die entsprechende Ausbildung nach polizeilichen Standards und die Möglichkeit im Notfall Gebrauch von der Waffe zu machen, halten wir die Maßnahme für geradezu fahrlässig, von der Mehrkosten von 2,6 Millionen Euro ganz zu schweigen.

Außerdem sind wir prinzipiell gegen die ständige Erweiterung der Wiesbadener Rätelerepublik.

gegen L&P bez. Nrn. 2.1 - 2.3 und LKR/ULW bei Enthaltung FDP

**0517**      **17-V-33-0004**

Anerkennung von zusätzlichem Personalbedarf bei 3303

Enthaltung FDP und LKR/ULW

**0518**      **17-V-34-0003**

Aufbau des Straßenverkehrsamtes

**Protokollerklärung von LKR/ULW:**

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Ja“.

Wir stimmen der Personalaufstockung unter der Voraussetzung zu, daß die Anlaufkosten in Höhe von 2.600.000 Euro sich nach kurzer Zeit durch die zu erwartenden Einnahmen auch amortisieren.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
-------------	--------------	--

---

Enthaltung FDP

**0519**      **17-V-36-0017**

Erweiterte weitere Bedarfe Amt 36 für den Haushalt 2018/2019

**Protokollerklärung von LKR/ULW:**

Die Fraktion LKR & ULW stimmt bei TO II, TOP 38, Punkt 1, 2.2, 2.5 der Beschlussvorlage mit „Ja“  
Die Fraktion LKR & ULW stimmt bei TO II, TOP 38, Punkt 2.1, 2.3, 2.4 der Beschlussvorlage mit „nein“

Maßnahmen zur Luftreinhaltung und Lärminderung betrachtet die LKR&ULW-Fraktion als notwendig und nötig. Ebenso begrüßen wir die Entwicklung und Umsetzung des E-Mobilitätskonzepts und deren anschließende Förderung. Auch eine Verbesserung der Hochwasserschutzmaßnahmen ist gerechtfertigt und wird von der LKR&ULW-Fraktion unterstützt. Fraglich finden wir hingegen die Position der Entwicklung und Implementierung eines städtischen Fuhrpark- und Mobilitätskonzeptes mit zusätzlichen Sachkosten in Höhe von je 50.000 Euro in den Jahren 2018 und 2019. Ebenso zweifelhaft erscheint uns die Einrichtung einer Stelle für die kommunale Biodiversitätsstrategie.

gegen LKR/ULW bez. Nrn. 2.1, 2.3 und 2.4

**0520**      **17-V-37-0001**

Organisationsuntersuchung im Sondereinsatzdienst der Berufsfeuerwehr Wiesbaden

Einstimmig

**0521**      **17-V-37-0002**

Mehrbedarf Personal im Sachgebiet Rettungsdienst / Medizinische Gefahrenabwehr bei der Berufsfeuerwehr Wiesbaden

Einstimmig

**0522**      **17-V-37-0003**

Neubau Feuer- und Rettungswache Igstadt; Grundsatzvorlage

**Protokollerklärung von LKR/ULW:**

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Nein“.

Wir sind weder gegen den Bau einer Rettungswache noch gegen Feuerwehr oder Rettungswache. Allerdings kritisiert die LKR&ULW-Fraktion die Höhe der Kosten von 23 Millionen Euro und fragt, ob der Neubau nicht kostengünstiger umgesetzt werden könnte.



Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

gegen LKR/ULW

**0523**      **17-V-37-0004**

Personalmehrbedarf im Sachgebiet Einsatzdienst bei der Berufsfeuerwehr Wiesbaden

Einstimmig

**0524**      **17-V-40-0015**

Medienentwicklungsplan 2018-2021 für die Wiesbadener Schulen- Dauerhafte Implementierung des Medienentwicklungsplanes und Neuregelung der Supportfinanzierung

Einstimmig

**0525**      **17-V-51-0011**

Gesetz zur Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems ab dem Jahr 2020 und zur Änderung haushaltsrechtlicher Vorschriften - Artikel 23 Unterhaltsvorschussgesetz

Einstimmig

**0526**      **17-V-51-0024**

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 2018 bis 2021

Einstimmig

**0527**      **17-V-52-0013**

Sportveranstaltungen von besonderer Bedeutung

**Protokollerklärung von LKR/ULW:**

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Nein“.

Frei werdenden Mittel aus dem nicht mehr in Wiesbaden stattfindenden „Iron Man“ werden nicht eingespart, sondern „automatisch“ anderen Veranstaltungen zugeführt, zum Beispiel dem Pfingstturnier. Die LKR&ULW-Fraktion findet hingegen: Lieber Schule als Reitschule.

gegen L&P bez. 'Bezuschussung von Pfingstreitturnier und der Nachfolgeveranstaltung Ironman'+ LKR/ULW bei Enthaltung FDP zu Ziffer 2

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

0528      17-V-63-0004

6304 Anmeldung zum Stellenplan 2018/2019 - Sicherstellung der ordnungsgemäßen Aufgabenerledigung und Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen im Bauaufsichtsamt

Einstimmig

0529      17-V-64-0001

Anmeldung zum Stellenplan 2018/2019 - Sicherstellung der ordnungsgemäßen Aufgabenerledigung und Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen im Hochbauamt

**Protokollerklärung von LKR/ULW:**

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Ja“.

Immer wieder war während der kursorischen Lesungen im Rahmen der Haushaltsgespräche für 2018/19 zu hören, dass ein Mehr an Geld dem Sanierungsstau an unseren Schulen auch keine Abhilfe verschaffen würde, da man ohnehin nicht das nötige Personal hätte, um die notwendigen Baumaßnahmen zu ergreifen. Wir stimmen deshalb mit ja, damit wir im nächsten Haushalt den Instandsetzungsrückstau von 400 Millionen wirklich ernsthaft in Angriff nehmen können.

Enthaltung FDP

0530      17-V-67-0009

Mehrbedarfe der Baumpflege

Einstimmig

0531      17-V-67-0013

Personalmehrbedarf in der Baumpflege

Einstimmig

0532      17-V-82-0004

Wirtschaftsplan 2018/2019 der TriWiCon

**Protokollerklärung von LKR/ULW:**

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Nein“.

Siehe Antrag 13 (TO I) der LKR&ULW-Fraktion der heutigen Sitzung.

gegen LKR/ULW bei Enthaltung L&P

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

**0533**      **17-V-86-0004**

Bäderkonzept mattiaqua und Ersatzneubau Freizeitbad Mainzer Straße/Henkell-Kunsteisbahn sowie Ersatz aller sportlichen Flächen inkl. des Betriebshofs des Sportamtes

Enthaltung AfD + FDP zu Ziffer 3 und 6.1

### Tagesordnung III

**0534**      **17-V-01-4016**

Stadtvertrag / Zuschussvertrag zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden und der Jüdischen Gemeinde Wiesbaden - Zusammenfassung der Zuschüsse

Einstimmig

**0535**      **17-V-30-0011**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden II (Wiesbaden-Biebrich)

Einstimmig

**0536**      **17-V-30-0012**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsvorstehers für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden V (Wiesbaden-Erbenheim)

Einstimmig

**0537**      **17-V-31-0016**

Verordnung zur Änderung der Gefahrenabwehrverordnung zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung innerhalb und im Umfeld des Helmut-Schön-Sportpark

Enthaltung L&P

**0538**      **17-V-40-0039**

Schulkommission - Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds der Schulkommission

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
		Einstimmig
0539	17-V-61-0003	
		Erhaltungssatzung gemäß § 172 BauGB und Gestaltungsfibel für den Ortsbezirk Medenbach
		Einstimmig
0540	17-V-61-0006	umgesetzt auf TO I
		Wohnbauflächenentwicklung Bebauungsplan "Nördlich der Welfenstraße" im Ortsbezirk Südost - Satzungsbeschluss -
0541	17-V-61-0008	umgesetzt auf TO I
		Wohnbauflächenentwicklung Bebauungsplan "Wohnen westlich des Schlossparks" im Ortsbezirk Biebrich - Satzungsbeschluss
0542	17-V-61-0036	
		Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Quartier Kureck - 1. Änderung" im Ortsbezirk Nordost - Änderungs- und Entwurfsbeschluss -
		gegen FW/BLW, Stv. Beyes, Coigné und von Seemen bei Enthaltung Stv. Bohrer, Forßbohm, Hagenmüller und Sobek
0543	17-V-70-0001	umgesetzt auf TO I
		Änderung der Straßenreinigungssatzung
0544	17-V-70-0008	
		Änderung der Kreislaufwirtschaftssatzung; Gebührenbedarfskalkulation für die Jahre 2018 und 2019
		gegen L&P bei Enthaltung Stv. Bachmann
0545	17-V-81-0008	
		Satzung zur Änderung der Wasserversorgungssatzung

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

**Protokollerklärung von LKR/ULW:**

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Nein“.

Die Satzung ist abzulehnen, da die Beschaffungskosten über Hessenwasser grundsätzlich zu teuer sind. Die Wasserwerke (WLW) wurden seiner Zeit nur geschaffen, um die bereits früher überteuerten ESWE-Abrechnungen rechtssicher weiterzubringen zu können.

**Protokollerklärung von L&P:**

Zu **Top 12** (17-V-81-0008 Satzung zur Änderung der Wasserversorgungssatzung) stimmt die Fraktion mit **Nein zu §13 (2)**

gegen LKR/ULW

**0546            17-A-02-0003**

Änderung der §§ 1, 3, 3a und 5 der Entschädigungssatzung

gegen LKR/ULW, Stv. Bohrer, Coigné, Sobek und von Seemen bei Enthaltung AfD

**0547            17-V-06-0011**

Erlass einer Ordnung für den Kulturbeirat der Stadt Wiesbaden sowie Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtlich Tätige

**Protokollerklärung von LKR/ULW:**

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Nein“.

Da wir die Schaffung eines Kulturbeirates ablehnen, der den Steuerzahler 527.000 Euro kosten wird, lehnen wir auch dessen Satzung und Entschädigungszahlungen ab.

gegen LKR/ULW, FW/BLW bei Enthaltung AfD, FDP

**0548            17-V-01-0037**

Schelmengraben im Ortsbezirk Dotzheim

Beschluss über den städtebaulichen Rahmenplan nach § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB, Grundsatzbeschluss zum Neubau einer Grundschule und von zwei Kindertagesstätten

Enthaltung LKR/ULW und StV. Bohrer

**0549            17-V-66-0226**

Saarstraße, Einrichtung von Radverkehrsanlagen

gegen AfD

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

0550 17-V-20-0056

Kapitaleinlage in die AltenHilfe Wiesbaden GmbH und mattiaqua

**Protokollerklärung von L&P:**

Zu **Top 17** (17-V-20-0056 Kapitaleinlage in die AltenHilfe Wiesbaden GmbH und mattiaqua) stimmt die Fraktion mit **Nein zu den Punkten, die die AltenHilfe betreffen**

gegen L&P bei Enthaltung FDP

0551 17-V-86-0007

Wirtschaftsplanung 2018-2019 des Eigenbetriebes mattiaqua

**Protokollerklärung von L&P:**

Zu **Top 18** (17-V-86-0007 Wirtschaftsplanung 2018-2019 des Eigenbetriebes mattiaqua) stimmt die Fraktion mit **Nein zu Punkt 4.**

gegen FDP

## Tagesordnung IV

0552 17-V-03-0005

Spielbank Wiesbaden;  
Verlängerung der Laufzeit des Spielbankvertrages bis 2025

0553 17-V-20-0057  
Enthaltung AfD und L&P

Genehmigung eines Kassenkredits an die WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt gGmbH  
Einstimmig

0554 17-V-41-0015

Internationale Maifestspiele 2018; Programm- und Finanzplanung

**Protokollerklärung von LKR/ULW:**

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Enthaltung“.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

Es sollten weitere Anstrengungen unternommen werden, vermehrt Sponsorengelder für eine renommierte und folglich für Sponsoren attraktive Veranstaltung wie die Maifestspiele zu akquirieren.

Enthaltung LKR/ULW

**0555**      **17-V-63-0006**

Bauantrag: Wiesbaden Südost, Mainzer Straße 158, Neubau Aldi-Markt

Enthaltung StV. Forßbohm

**0556**      **17-V-80-2331**

Bewertung der mietvertraglichen Situation Bürgerbüro

Einstimmig

**0557**      **17-V-80-2339**

Verkauf des Baugrundstückes Friedrich-Naumann-Straße 4

gegen L&P

**0558**      **17-V-80-2344**

Realisierung der Projekte von Zwerg Nase und Lebenshilfe auf den Klinikerweiterungsflächen im Bereich der HSK

Enthaltung L&P

**0559**      **17-V-02-0010**

Vergütung der EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH

gegen L&P bei Enthaltung LKR/ULW

**0560**      **17-V-31-0003**

Auswirkungen der aktuellen Gefährdungslage auf Sicherheitskonzepte für Veranstaltungen und große Menschenansammlungen

**Protokollerklärung von LKR/ULW:**

Die Fraktion LKR & ULW stimmt mit „Nein“.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

Prinzipiell halten wir die Maßnahme für berechtigt und notwendig. Allerdings sollte auch in diesem Fall eine kostenneutrale Umsetzung aus den Budgets der Stadt erfolgen und nicht Mehrausgaben von einmalig 400.000 Euro und dann 80.000 Euro p.a. getätigt werden.

gegen L&P + LKR/ULW

Anlagen

Wiesbaden, .01.2018

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Die Schriftführerin

Gabriel

Koba